



20 Maßnahmen für Österreichs Ausstieg aus Öl und Gas

Die hohen Energiepreise und der Krieg in der Ukraine zeigen Österreichs gefährliche Abhängigkeit von Öl- und Gaslieferungen. Zugleich beschleunigt sich die Klima- und Naturkrise, wie der jüngste Weltklimabericht belegt. Anlässlich der zeitgleichen Krisen fordern der WWF Österreich und GLOBAL 2000 die rasche Umsetzung von 20 Maßnahmen für den Ausstieg aus Öl und Gas.

Österreich hat über Jahrzehnte viel zu wenig getan, um seine hohen CO₂-Emissionen und seinen Energieverbrauch im Einklang mit den Klimazielen zu reduzieren. Das hat nicht nur Klimaschutzanstrengungen unterminiert, sondern auch die Abhängigkeit von Erdöl- und Erdgas-Importen aus Krisen- und Konfliktregionen erhöht. Auch die Versorgungssicherheit für Haushalte und Industrie gerät in Gefahr, wenn die Lage noch weiter eskaliert, keine kurz- und mittelfristig wirksamen Maßnahmen für den Gas- und Öl-Ausstieg gesetzt werden und der Energieverbrauch nicht verringert wird. Es braucht dafür verbindliche Gesetze zum Ausstieg aus Gas- und Ölheizungen und für den sparsamen Umgang mit Energie. Die bisher vorgesehenen Reaktionen von Bundes- und Landesregierungen reichen bei weitem nicht aus.

Angesichts des Kriegs in der Ukraine und seiner Folgen muss der lange verzögerte Ausstieg aus klimaschädlichen und kriegstreibenden fossilen Energien deutlich beschleunigt werden. Damit würde Österreich die akute Klimakrise angehen, seine Energie-Versorgungssicherheit im Einklang mit dem Pariser Klimavertrag erhöhen und die fossil getriebene Teuerung zurückdrängen. Zugleich gilt, dass die von der Bundesregierung versprochene Klimaneutralität 2040 nur mit einem deutlich besseren Naturschutz erreichbar ist - zum Beispiel durch den Erhalt und Ausbau wichtiger CO₂-Senken. Darüber hinaus müssen treffsichere Programme für einen sozial und ökologisch gerechten Wandel beschlossen werden.

Ineffiziente, klimaschädliche Irrwege mit neuen Abhängigkeiten von Krisen- und Konfliktregionen samt den dort regierenden autoritären Regimen müssen unbedingt vermieden werden. Denn die Förderung von Erdöl und Erdgas ist weltweit vielfach mit Machtmissbrauch, politischer Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Konflikten verknüpft. Daher wäre es zum Beispiel höchst kurzsichtig, alle Hoffnungen und Bemühungen nur auf die umweltschädliche, energieverschwendende Flüssiggas-Versorgung über Tankschiffe aus dem arabischen Raum zu setzen.

20 dringend erforderliche Maßnahmen

1. **Ambitioniertes Erneuerbaren-Wärmegesetz beschließen.** Mit dem Gesetz soll ein rechtlich verbindlicher Ausstieg aus bestehenden Ölheizungen bis 2030 und für Gasheizungen bis spätestens 2040 verankert werden, der rasch und sozialverträglich umzusetzen ist. Der Einbau und die Bewerbung neuer Öl- und Gasheizungen soll sofort gestoppt werden, bis spätestens 2040 soll auch die Fernwärme frei von fossiler Energie werden. Bund, Länder, Landeshauptstädte und Energieversorger sollen abgestimmte Pläne für den vollständigen Ausstieg aus fossiler Energie bis 2040 vorlegen. Vor allem in den Bundesländern gibt es großen Aufholbedarf.

2. **Ein wirksames Energieeffizienzgesetz umsetzen.** Die seit über 450 Tagen ausständige Novelle muss ein absolutes Energiespar-Ziel von 800 PJ festlegen, auf das alle relevanten Maßnahmen ausgerichtet werden. Übergeordnetes Ziel: den Energieverbrauch bis 2030 um zumindest 30 Prozent zu senken und auch in den Folgejahren deutlich zu verringern. Insgesamt muss der Verbrauch halbiert werden, um die Klimaneutralität zu erreichen und zu sichern. Anders als in der Vergangenheit dürfen daher keine Schein-Maßnahmen ohne Kontrolle und Wirkung angerechnet werden. Je nach Größe und Energieverbrauch sollten Unternehmen dazu verpflichtet werden, ihre Einsparpotenziale systematisch zu erheben und auszuschöpfen: von der Energiebuchhaltung über Audits bis zu Energiemanagementsystemen. Zugleich muss die energieintensive Industrie gezielt unterstützt werden.

3. **Ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz mit integrierten Energiespar- und Klimaschutz-Maßnahmen beschließen.** Die geplante Novelle muss vor allem die folgenden Punkte gewährleisten: Verbindliche Ziele für die Klimaneutralität 2040, jährliche Emissionsziele für jeden Sektor, wissenschaftliche Kontrolle, verbindliche klima- und naturverträgliche Maßnahmenprogramme, wenn Ziele verfehlt werden, klare Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern, Rechtsschutz für die Bevölkerung.

4. **Attraktive und sozial gerechte Förderungen für Heizkesseltausch, thermische Sanierung sowie kostenlose unabhängige Energieberatungen sollen dauerhaft zur Verfügung stehen.** Dieses Paket sichert die Fortführung und Ausweitung des Sanierungsschecks und gewährleistet die Umstellung auf effiziente, klimafreundliche Heizungen. Für energiearme, notleidende Haushalte soll es besonders starke finanzielle Unterstützungen geben: Zum Beispiel sollte das Förderangebot von bis zu 100 Prozent der Kosten für die thermische Sanierung und die Umrüstung der Heizung dauerhaft abgesichert werden.

5. **Beschluss eines Sanierungsplans, der klimafitte Gebäude zum Standard macht und den Wandel beschleunigt.** Derzeit liegt die thermische Sanierungsrate nur bei etwa 1,4 Prozent statt der nötigen drei Prozent.

6. **Entwicklung einer integrierten Strategie für grünen Wasserstoff und erneuerbare Gase durch das Klimaschutzministerium.** Langfristig kann etwa die Hälfte des heutigen Gasverbrauchs über erneuerbare Gase aus Österreich gedeckt werden. Bei strikter Priorisierung des Einsatzes auf notwendige Einsatzgebiete und entsprechender Reduktion des Energieverbrauchs ist damit ein Ausstieg aus fossiler Energie möglich. Angesichts der knappen Potenziale von erneuerbaren Gasen ist insbesondere die Priorisierung des Einsatzes essenziell. Zum Beispiel ist es in der Stahlindustrie notwendig, grünen Wasserstoff einzusetzen, um fossile Energieträger zu ersetzen, in der Raumwärme gibt es hingegen andere klimafreundliche Alternativen.

7. Vollständige Überarbeitung des Gaswirtschaftsgesetzes und ein Ende der Gasanschlusspflicht. Derzeit müssen Energieversorger, Kundinnen und Kunden, die das wünschen, an das Gasnetz anschließen. Aufgrund der Dringlichkeit des Ausstiegs aus Gasheizungen darf diese Bestimmung nicht länger aufrecht bleiben.

8. Jährliche Energiespar-Milliarde (zusätzlich zu bestehenden Mitteln). Die effizienteste Kilowattstunde ist jene, die gar nicht erst verbraucht wird. Daher muss Energiesparen mit einem langfristigen Sonderbudget ausgestattet werden. Mit einer zusätzlichen Milliarde pro Jahr könnten insbesondere die folgenden Maßnahmen geschaffen bzw. beschleunigt werden: eigene Energiespar-Gutscheine für alle Haushalte sowie Klein- und Mittelbetriebe, Finanzierung von Energiesparmaßnahmen in der Industrie und danach Mittelrückfluss aus den Einsparungen (Contracting Modell), sofortige Abschreibemöglichkeiten für Energiespar-Investitionen etc.

9. Mobilitätswende beschleunigen, mit jährlichen CO₂-Reduktionszielen und dem Beschluss der dafür notwendigen Maßnahmen - sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr. Der Verkehr ist weiter von den Klimazielen entfernt als jeder andere Sektor und daher besonders stark von importiertem Erdöl abhängig. Daher müssen Bund, Länder und Gemeinden das Mobilitätssystem entlang des Prinzips „vermeiden – verlagern – verbessern“ umgestalten und Sofort-Maßnahmen setzen, darunter zum Beispiel niedrigere Tempolimits, um den Diesel- und Benzinverbrauch rasch zu reduzieren. Der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und einer sicheren Rad-Infrastruktur muss absolute Priorität bekommen.

10. Vorbildwirkung der öffentlichen Hand. Klare Beschaffungsregeln für ein Bestbieterprinzip mit strengen Effizienz- und Nachhaltigkeitskriterien.

11. Erneuerbaren-Ausbau entlang von Naturschutz-Kriterien vorantreiben: Der jüngste Sachstandsbericht des Weltklimarats zeigt sehr klar, dass Klima- und Naturschutz Hand in Hand gehen müssen. Daher müssen auch Erneuerbare Energien konsequent entlang von Naturschutz-Kriterien ausgebaut werden. Während die Wasserkraft ihr Potenzial abseits von Effizienzsteigerungen bereits ausgeschöpft hat und es daher nur mehr sehr wenige freifließende Flüsse gibt, bestehen zum Beispiel bei der Windkraft und vor allem bei der Photovoltaik noch große Ausbaupotenziale in Österreich.

12. Photovoltaik massiv ausbauen: Verpflichtendes Nutzungskonzept für Sonnenenergie, inklusive einer Photovoltaik-Anlage für alle Neubauten und Sanierungen in den Bauordnungen (hoher Wirkungsgrad); grundsätzliche Verpflichtung zur PV-Installation im Falle einer Neuversiegelung von Flächen; Prüfung und schrittweise Umrüstung des Bestandes, naturverträgliche Nutzung der Potenziale auf Freiflächen.

13. Fachkräfte-Offensive starten: Die Energiewende leidet unter einem Mangel an Fachkräften. Daher sollten Wirtschafts-, Klimaschutz- und Arbeitsministerium gemeinsam mit den Bundesländern ein neues Fachkräfte-Paket vorlegen, das die Umsetzung der notwendigen Energiewende-Projekte sicherstellt.

14. Bodenverbrauch eindämmen: Der Flächenverbrauch liegt mit 11,5 Hektar pro Tag weit über allen Nachhaltigkeitszielen und erhöht damit auch den Energie- und Ressourcenverbrauch des Landes. Daher muss die im Bund zuständige Landwirtschaftsministerin bis spätestens Herbst gemeinsam mit Ländern, Städten und Gemeinden einen Bodenschutz-

Vertrag mit konkreten Gegenmaßnahmen vorlegen. Auch das Umweltbundesamt sieht ein Raumordnungskonzept für kurze Wege als wichtigen Effizienz-Baustein.

15. Umweltschädliche Subventionen abbauen: Der Finanzminister sollte bis Juni 2022 einen Kassasturz samt Reformplan vorlegen und dafür die ersten Ergebnisse der laufenden WIFO-Studie berücksichtigen. 2016 hatten die Wirtschaftsforscherinnen in ihrer Analyse ein Volumen von 3,8 bis 4,7 Milliarden Euro an umweltschädlichen Subventionen pro Jahr errechnet – und das nur für die Bereiche Energie, Verkehr und teils Wohnen. Das WIFO spricht selbst von einer „Untergrenze“, weil es nur die Bundesebene erfasst hatte und Sektoren wie die Landwirtschaft fehlen. Im Herbst 2019 hat wiederum das Finanzministerium auf Anfrage des WWF rund 3,25 Milliarden Euro als jährliches Volumen genannt. Es handelt sich aber um ein sehr lückenhaftes Regierungsdokument.

16. CO₂-Bepreisung klimagerecht umsetzen und mit Öko-Bonus für sozialen Ausgleich verbinden. Die Bundesregierung sollte an diesem zentralen Instrument unbedingt festhalten, wie es auch das WIFO empfiehlt, und die CO₂-Bepreisung samt Öko-Bonus in den kommenden Jahren schrittweise weiter ausbauen, um die Abhängigkeit von Öl und Gas zu reduzieren. Zugleich müssen Bund und Länder ihren Einsatz gegen die Energiearmut verstärken. Für besonders betroffene Unternehmen im Nicht-Emissionshandelssektor ist eine Härtefallregelung vorgesehen, die treffsicher auszugestalten ist.

17. Kurzfristig kann eine Windfall-Profit Steuer, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, wichtige Klimaschutzmaßnahmen finanzieren helfen. Besteuert werden dabei hohe „Zufallsgewinne“ von Energiekonzernen in Zeiten hoher Energiepreise. EU-weit rechnet die Internationale Energieagentur mit „Windfall-Profits“ in Höhe von 200 Milliarden Euro. Die Steuer würde auch preisdämpfend wirken, weil damit der Anreiz für Preiserhöhungen sinkt.

18. Umweltrecht qualitativ stärken: Mehr Ressourcen für Behörden und Gerichte, Vorlegen besserer Unterlagen sowie von klima- und naturverträglichen Planungen durch Projektbetreiber in der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP).

19. Ökosysteme schützen und renaturieren: Die Bundesregierung sollte bis Juni 2022 ein eigenes Maßnahmenpaket für den Schutz und die Renaturierung wertvoller Lebensräume vorlegen (Wälder, Moore, Flüsse etc.). Dies würde nicht nur die Biodiversitätskrise eindämmen, sondern auch das Potenzial zur CO₂-Aufnahme erhöhen. Um die Klimaneutralität zu schaffen, muss das CO₂-Senken-Management in Österreich deutlich verbessert werden.

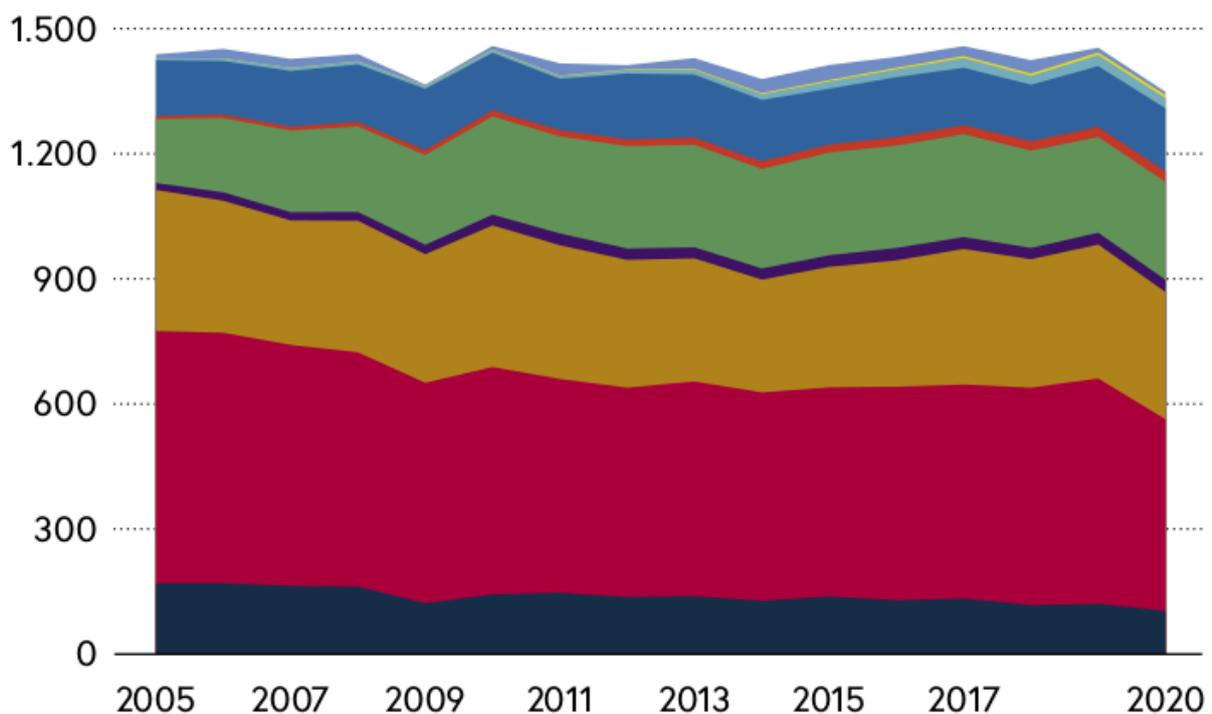
20. Klimagerechten Wandel sicherstellen: Alle Maßnahmen müssen sozial gerecht und treffsicher sein. Arbeitnehmer*innen sind bei der Umsetzung des Ausstiegs aus Öl und Gas und des Umstiegs auf klimafreundliche Lösungen im Sinne einer „Just Transition“ einzubinden.

Hintergrundinformationen

Erdgas und Erdöl-Ausstieg in der Wärmeversorgung rasch umsetzen

Neben Öl und Kohle verursacht Erdgas besonders hohe Emissionen. Allein in Österreich ist fossiles Gas für 20 Prozent aller Treibhausgasemissionen verantwortlich. In den letzten Jahren ist die Abhängigkeit von fossiler Energie aber anhaltend hoch geblieben. Etwa zwei Drittel des gesamten österreichischen Energieverbrauchs werden mit Öl, Gas und Kohle gedeckt.

■ Kohle ■ Öl ■ Gas ■ Brennbare Abfälle ■ Biogene Energien
■ Umgeb.wärme ■ Wasserkraft ■ Wind ■ PV ■ Nettostromimporte



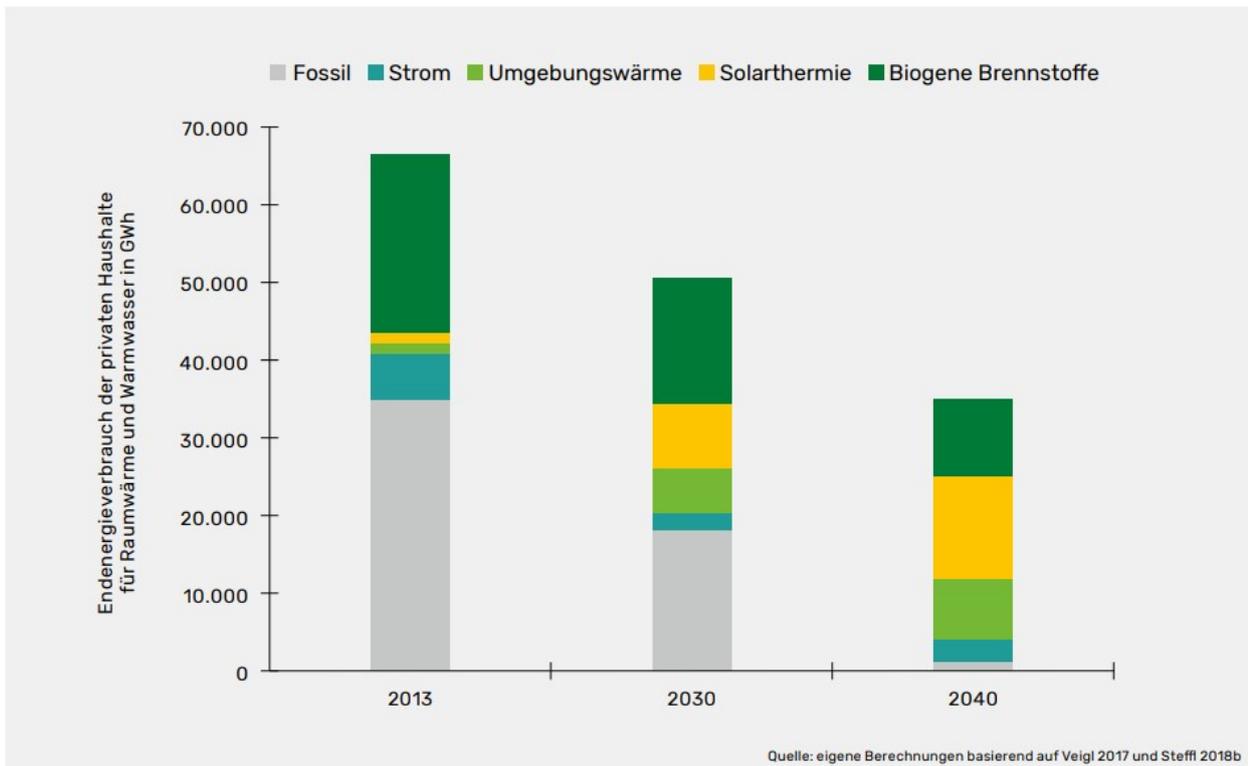
Bruttoinlandsverbrauch nach Energieträgern in Petajoule 2004-2020. Quelle: BMK (2021): Energie in Österreich. Zahlen, Daten, Fakten

Große Herausforderungen im Wärmebereich sind derzeit:

- 900.000 Haushalte haben eine Gas-Heizung
- 600.000 Haushalte eine Ölheizung
- Rund 37 Prozent der Fernwärme wird mit Gas erzeugt
- Die Sanierungsrate liegt bei 1,4 Prozent der Gebäude, nicht bei den nötigen 3 %
- Die Industrie und E-Wirtschaft verbrauchen noch große Mengen fossiles Gas

Es gibt jedoch kein Gesetz, das den verbindlichen Ausstieg aus Gas- und Ölheizungen, sowie eine Umstellung der Fernwärme auf klimafreundliche Energieträger vorschreibt. Hier ist die Bundesregierung gefordert, mit einem ambitionierten Erneuerbaren-Wärme-Gesetz gegenzusteuern. Erneuerbares Gas soll dann die Umstellung vor allem in der Industrie

ermöglichen. Eine Umstellung der Wärmeversorgung auf klimafreundliche Energieträger und eine Senkung des Energieverbrauchs durch thermische Sanierung sind möglich. Österreich kann dann mittelfristig völlig unabhängig von Energieimporten werden. Wichtig ist eine schnellstmögliche Umsetzung und Beschleunigung eines klimaverträglichen Raumwärmeszenarios.



Quelle: GLOBAL 2000 (2021): Wohnbaueck 2021

Begrenztes Potenzial für erneuerbare Gase zielgerichtet einsetzen

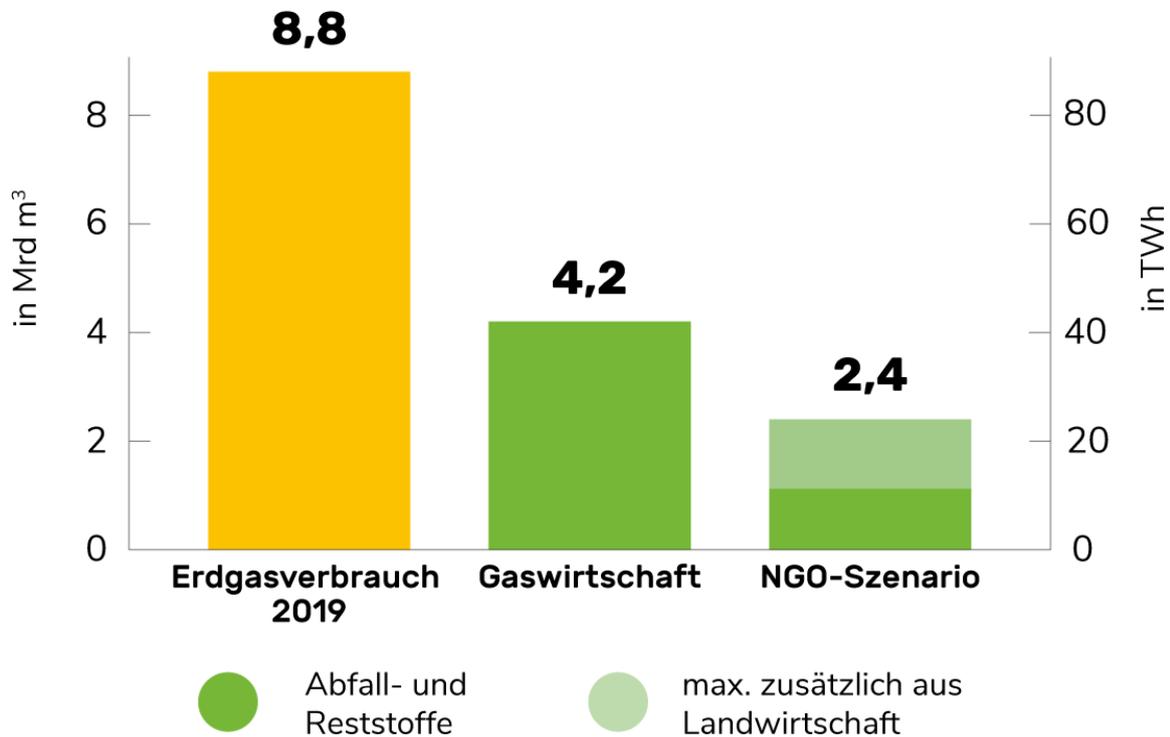
Neben dem Ausstieg aus Öl und Kohle ist der Ausstieg aus Gasheizungen besonders dringend, vor allem weil es nur begrenzte Möglichkeiten gibt, erneuerbares Gas herzustellen. Erneuerbare Gase können den hohen Verbrauch an fossilem Gas nur in einem geringen Anteil ersetzen. Sie müssen daher vor allem in jenen Bereichen eingesetzt werden, in denen jegliche klimafreundliche Alternative fehlt, zum Beispiel in bestimmten Sektoren der Industrie. Es gibt jetzt und in Zukunft nur begrenzte Mengen an erneuerbarem Überschussstrom für die Herstellung von Wasserstoff. Das liegt unter anderem daran, dass Österreich es seit Jahren nicht schafft, den Anteil an erneuerbarem Strom von rund 70 Prozent weiter zu erhöhen. Einerseits, weil die gesetzlichen Grundlagen für den Ausbau erst spät geschaffen wurden, andererseits weil Energiespar- und Effizienz-Programme politisch vernachlässigt worden sind.

Ebenso ist der Import kurz- und mittelfristig keine realistische Option. Für Biomethan aus Biomasse - zum Beispiel Pflanzen, Abfälle, Holz - braucht es wiederum Flächen, auf denen diese Pflanzen wachsen können. Diese sind bereits heute für andere Zwecke gebunden wie für Bauland, Landwirtschaft und Naturschutzgebiete zur Bewahrung der Biodiversität.

Das gemeinsame Energieszenario der Umweltschutzorganisationen¹ zeigt, dass es Möglichkeiten gibt, einige landwirtschaftliche Flächen von Lebensmittelproduktion auf Energiepflanzen umzustellen. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass sowohl der viel zu hohe Fleischkonsum als auch die Lebensmittelverschwendung deutlich reduziert werden und somit der hohe Flächendruck reduziert wird.

BIOMETHANPOTENZIALE & ERDGASVERBRAUCH

Maximale Biomethanpotenziale der Gaswirtschaft und des NGO-Szenarios im Vergleich zum aktuellen Erdgasverbrauch.



Zusammen mit der Nutzung von Abfällen und Zwischenfrüchten ergibt sich dadurch ein Potenzial von 88 PJ (24,5 TWh). Das entspricht einer Gasmenge von 2,4 Mrd. m³. Zusammen mit der Produktion von Wasserstoff und synthetischen Gasen aus erneuerbaren Energien können in Österreich in Summe etwa 4 Mrd. m³ erneuerbares Gas naturverträglich zur Verfügung gestellt werden. Zum Vergleich: In Österreich werden heute pro Jahr etwa 8,8 Mrd. m³ an fossilem Gas eingesetzt (siehe Grafik). Das heißt in Summe kann Österreich etwa die Hälfte des derzeitigen Gasverbrauchs aus naturverträglichen erneuerbaren Quellen herstellen, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Da die Menge an erneuerbaren Gasen beschränkt ist, stellt sich die Frage, der Priorisierung des Einsatzes. In Bereichen wie der Stahlerzeugung wird man auf Wasserstoff zurückgreifen müssen, um Koks und Kohle zu ersetzen. Zusätzlich braucht es Gasreserven für die Stabilisierung des Stromnetzes sowie in manchen Einsatzgebieten der chemischen Industrie. Auch im Verkehrsbereich wird erneuerbares Gas nur dort zum Einsatz kommen, wo Vermeidung oder Verlagerung an ihre Grenzen stoßen (beispielsweise im Flug- und Schiffsverkehr). Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass gerade für den Straßenverkehr - wie auch für Heizen und Warmwasser - kein erneuerbares Gas eingesetzt werden darf. Hier gilt es daher, auf bereits bewährte und entwickelte erneuerbare Technologien zu setzen. Ohne diese Priorisierung wird die Energiewende an einem entscheidenden Punkt gefährdet und die Unabhängigkeit von Gasimporten nicht zu verwirklichen sein.

Energieverbrauch senken, Energieverschwendung beenden

Der gesamte Energie- und Ressourcenverbrauch Österreichs ist derzeit viel zu hoch, um die Klimaziele zu erreichen. Immer noch wird rund zwei Drittel der verbrauchten Energiemenge fossil importiert. Allein 2021 hat Österreich laut Angaben der Energieagentur Erdöl im Wert von 7,3 Milliarden Euro und Erdgas im Wert von 4,2 Milliarden Euro importiert – zusammen also 11,5 Milliarden Euro. Ein Drittel der derzeit verwendeten Energie wird in ineffizienten Fahrzeugen, schlecht gedämmten Häusern und veralteten Anlagen in der Industrie verschwendet. Hier muss es eine gezielte Modernisierungs- und Sanierungsoffensive geben, die auch zahlreiche neue Arbeitsplätze schaffen würde. Nur mit einem sparsamen und effizienten Verbrauch lässt sich eine Energiewende hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien konsequent naturverträglich und möglichst flächensparend umsetzen.

Energiesparen beschleunigt den Klimaschutz und erhöht die Versorgungssicherheit, weil Österreich damit unabhängiger von fossilen Importen aus Krisen- und Konfliktregionen wird. Inmitten der aktuellen Krise ist daher ein kluger Mix aus Sofort-Maßnahmen und langfristigen Weichenstellungen das Gebot der Stunde. Diese müssen noch im Frühjahr 2022 beschlossen werden - je rascher, desto besser.

WWF Österreich und GLOBAL 2000, März 2022

Weiterführende Informationen:

- GLOBAL 2000 (2021): Wärmewende- Hintergrundpapier:
<https://www.global2000.at/sites/global/files/2021-Waermestrategie-Hintergrundpapier.pdf>
- WWF Österreich, Energiespar-Programm 2022. Online unter: <https://bit.ly/3uABfPk>
- ÖKOBÜRO (2021): Positionspapier „Fossiles Gas-Zeitalter rasch beenden, erneuerbares Gas richtig einsetzen“. Online unter: <https://bit.ly/36vWfih>
- WWF-Vorschläge für den naturverträglichen Photovoltaik-Ausbau, Mai 2021.
Online unter: <https://bit.ly/3hZRBei>

Rückfragehinweise:

Johannes Wahlmüller, GLOBAL 2000 Klima- & Energiesprecher
johannes.wahlmueller@global2000.at / +43 699 14 2000 41

Karl Schellmann, Klima- und Energiesprecher WWF Österreich
karl.schellmann@wwf.at / +43 676 83488 249

Sigrid Stagl, Leiterin des Institute for Ecological Economics WU Wien
stagl@wu.ac.at / +43 1-313365790